

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung, Mittwoch, 31. Mai. Fortsetzung.

Am Bundesratstisch: Staatssekretär Dr. Helfferich, Staatssekretär v. Jagow.

Die zweite Lesung

des Kriegsteuergesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. Stolten (Soz.): Die Vorlagen sind aus der Kommission ja wesentlich geändert herausgekommen. Viel besser geworden sind sie aber nicht. Die Vorlagen bewegen sich im altbergrachten Rahmen unserer Finanzpolitik. Die lassen jeden schöpferischen Gedanken vermischen. Von der versprochenen Neuorientierung ist in diesen Vorlagen nichts zu finden. Den Grundsatz steuerlicher Gerechtigkeit hat man nicht befolgt. Hat denn die Regierung kein Verständnis für die politische Wirkung erhöhter Steuern? (Sehr gut! h. d. Soz.) Die Umsatzsteuer wird sicher abgewälzt werden und das gewerbliche Leben ungemein erschweren. Ein von Schereisen möglichst freies gewerbliches Leben ist aber für unsere Volkswirtschaft eine unbedingte Notwendigkeit. Auf die Zusagen der Regierung, die höheren Abgaben würden nach dem Kriege aufgehoben werden, verlassen wir uns nicht! Wie oft hat die Regierung solche Zusagen schon nicht eingelöst! (Sehr richtig! h. d. Soz.) Wir wollen die Besitzsteuern erhöhen, um dadurch die schädlichen indirekten und Verbrauchssteuern überflüssig zu machen, für die Bürgerlichen aber ist die einmalige Besitzsteuer der Abfahrgeld für die dauernden Steuern auf die übrigen Volksschichten und den Verkehr. Mit dieser Verantwortung belasten wir uns nicht. Die ausgleichende Gerechtigkeit Dr. Helfferichs besteht darin, daß er einer Vermehrung der direkten Abgaben nur zustimme, wenn auch die indirekten erhöht werden. Wir können nicht einsehen, daß das Versprechen der Nichtwiederholung des Wehrbeitrages auch für solche schwere und ernste Zeiten gelten müßte.

Diese fingierte Vermögenszuwachssteuer

zieht den Kriegswucherer nicht schärfer heran als den kleinen Mann, der sich und den Seinen Entbehrungen aussetzt hat, um sich sein Vermögen zu erhalten. Man ist vor dem Widerspruch der einzelstaatlichen Finanzminister zurückgewichen. Um eine allumfassende Regelung des Finanzverhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten wird man nach dem Kriege nicht herumkommen. Das Reich führt den Krieg, es muß den Einzelstaaten und Gemeinden die Kriegsausgaben ersetzen. Wenn der Reichstag nur wollte, so würde die Regierung dem Wehrbeitrag schon zustimmen. Diese Vermögenszuwachssteuer ist eine Fehlgeburt, erzeugt aus dem Abscheu der Finanzminister vor direkten Reichsteuern. In der Freilassung der Erbschaften sehen wir einen großen Mangel der Vorlage. Alle Steuerquellen müssen jetzt herangezogen werden und man sollte jetzt nicht an Gelegenheiten vorübergehen, bei denen das Geld förmlich auf der Straße liegt. Immerhin ist die Kriegsteuer eine Besitzsteuer und daher für uns annehmbarer als jede andere Steuer. Freilich ist sie noch sehr bescheiden. Gegenüber den Verlusten, die dem Besitz zugesetzt wären, wenn wir den Feind im Lande hätten, werden ihm für die Erhaltung des Besitzes wahrhaftig viel zu niedrige Opfer auferlegt. Wenn wenige Prozente mehr gezahlt würden, dann brauchten wir alle Verbrauchs- und Verkehrssteuern nicht. Deshalb werden wir diese Steuern ablehnen und können das vor unserem Volke ruhigen Gewissens verantworten. (Beifall h. d. Soz.)

Ein Antrag Scheidemann (Soz.) verlangt namentliche Abstimmung über sozialdemokratische Änderungsanträge und über die einzelnen Steuervorlagen selbst. Die Abstimmungen sollen am Freitag nachmittag stattfinden.

Abg. Dr. Wiemer (Bpt.): Der Abg. Herold hat der Genehmigung darüber Ausdruck gegeben, daß es gelungen ist, eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien zu erreichen. Wir fügen den Ausdruck des Bedauerns darüber hinzu, daß es nicht gelungen ist, alle Parteien zu einer Verständigung zusammenzuführen. (Sehr richtig! h. d. Bpt.) Wir haben es an Bemühungen nicht fehlen lassen. Uns hat dabei der Wunsch geleitet, die Geschlossenheit und Einigkeit der Parteien im Reichstage aufrecht zu erhalten, denn wir sind besonders nach dem unersreulichen

Verlauf der gestrigen Reichstagsitzung

nach wie vor der Ueberzeugung, daß diese Einigkeit im deutschen Volk und unter den Parteien eine wesentliche Voraussetzung des Sieges ist. (Sehr richtig! h. d. Bpt.) Uns leitete auch der Wunsch, das seit dem 4. August 1914 bei einer ganzen Reihe von Gesehen zutage tretende Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie in gemeinsamer positiver Arbeit für Volk und Vaterland auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Leider sind unsere Wünsche nicht in Erfüllung gegangen. Die Verständigung ist schließlich gescheitert an der nun einmal vorhandenen grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit, wie weit die indirekten Steuern bei dieser Steuerreform mit heranzuziehen waren. Ohne indirekte Steuern aber war die Reform nicht zu machen. Meine politischen Freunde sind bereit, auf den Boden der Beschlüsse des Ausschusses zu treten. Die Kriegsgewinnsteuer allein war für uns nicht ausreichend als Besitzsteuer. Wir haben erreicht, daß auch von den gleichgebliebenen Vermögen eine Kriegsabgabe

beschlossen ist. Mit dem Borredner bedauern wir, daß der Wehrbeitrag gefallen ist. Der Abg. Herold meinte in dieser Beziehung, der Wehrbeitrag hätte nicht beschlossen werden können, denn er sei ausdrücklich nur eine einmalige Abgabe gewesen. Nun, damals war Friede, und diese Erklärungen wurden ausgesprochen in der Voraussetzung, daß uns der Friede erhalten blieb. Leider ist es anders gekommen. Wir stehen mitten im Kriege. Niemand wird verstehen, daß eine Steuer, die zur Deckung von Rüstungsabgaben erhoben wurde, jetzt mitten im Kriege unerhoben bleiben soll. (Sehr richtig! links.) An die Stelle des Wehrbeitrages ist die Kriegsteuer vom Vermögen getreten, freilich nicht als dauernde, sondern nur als einmalige Steuer. Der Abg. Herold sieht darin einen Vorzug, wir einen Mangel. (Sehr richtig! links.) Wir halten eine großzügige Ordnung der finanziellen Beziehungen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten für das unabwiesbare Gebot einer zukünftigen gesunden Finanzgestaltung. Der heutige Zustand, daß auf dem Gebiete der direkten Steuern im Reich, in den Einzelstaaten und den Gemeinden nebeneinander und durcheinander gearbeitet wird, ist auf die Dauer unhaltbar. (Sehr richtig! links.) Dem Abg. Herold sei noch gesagt, daß der Grundsatz, dem Reich die indirekten, den Einzelstaaten und den Gemeinden die direkten Steuern, bei dieser Erhebung direkter Steuern zugeteilt werden kann. (Lebh. Zustimmung links.) Ich möchte nur wünschen, daß die Vertreter der Einzelstaaten bei den kommenden Verhandlungen etwas mehr Verständnis für eine großzügige Lösung des Problems und etwas mehr Weitblick zeigen möchten, als bei diesen Steuervorlagen. (Lebh. Zustimmung links.)

Das Reich geht voran!

Das Gedeihen der Einzelstaaten ist abhängig von dem Gedeihen des Reiches. Im Abgeordnetenhaus hat gestern Finanzminister Dr. Lenze die Gefahr einer übermäßigen Anspannung der direkten Steuern im Reich mit beweglichen Worten geschildert und die Wehrheit hat ihm Beistand geleistet. Er hat unfreundliche Bemerkungen darüber gemacht, daß das Reich sich nun auch noch als dritter Teilhaber bei der Erhebung direkter Steuern zugesellen wolle, und er hat eine schwere Krise innerhalb der Einzelstaaten an die Wand gemalt. Diese Ausführungen schließe ich weit über das Ziel hinaus. (Sehr richtig! links.) Sie stehen auf der Höhe der Anschauungen jener Landräte, die jetzt in der Kriegszeit ihre Kreise abschließen mit der Erklärung: nichts darf heraus aus meinem Kreis, erst komme ich und dann kommen die andern! (Sehr gut! links.) Auf diese Weise kann eine großzügige Finanzreform im Reich nicht gemacht werden. (Sehr richtig! links.) Finanzminister Dr. Lenze hat gestern weiter gesagt, daß, wenn die Steuervorlagen im Reich in vieler Beziehung unbefriedigend seien, die fortschrittliche Volkspartei daran schuld sei. (Lachen h. d. Bpt.) Ich nehme von dieser Erklärung mit einer gewissen Genugtuung Kenntnis, denn, was der preussische Finanzminister uns zum Vorwurf macht, sehen wir als einen Erfolg unserer Arbeit an. (Beifall links.) Was dem einen sin Uhl ist, ist dem anderen sin Nachtigall! Wir ziehen der schwarz-weißen Uhl des Finanzministers die schwarz-weiß-rote Nachtigall vor. (Seiterkeit.) Im einzelnen bleibt auch die Besitzsteuer hinter den Wünschen meiner Partei zurück. Wenn der Borredner diese Vorlage ein Monstrum, eine Fehlgeburt nannte, erzeugt im Wege lustiger Konstruktionen vom Abscheu der Finanzminister vor einer wirklichen Finanzreform (Seiterkeit), so ist dieses Bild nicht ganz unzutreffend. Das alte Bild vom Jungbrunnen, in den alte Weiblein hineinspringen und als blühende Jungfrauen wieder herauskommen, ist diesmal umgekehrt.

In den Jungbrunnen des Staatssekretärs Dr. Helfferich

ist eine blühende Jungfrau in Form einer wirklichen Vermögenssteuer hineingestiegen und herausgekommen ist ein verschrumptes, verhäkeltes altes Weiblein, das der Staatssekretär dem Reichstage mit beweglichen Worten empfiehlt. (Seiterkeit.) Man kann verstehen, daß der Reichstag es sich überlegt, ehe er diesem Weiblein die Hand zum Bunde reicht. (Seiterkeit.) Aber schließlich handelt es sich dabei um eine ephemere Erscheinung, und bei diesen steuerpolitischen Vorlagen kommt es ja weniger auf die äußere Gestalt, als darauf an, ob unsere Wünsche in finanzieller Beziehung erfüllt werden. Im Gegensatz zum Abg. Herold sind wir der Ansicht, daß der Reichstag mit dieser Vorlage sich im Prinzip für die Reichsvermögenssteuer festlegt. (Sehr richtig! links.) Wenn man von der Belastung des Besitzes spricht, so darf man nicht die verschärfte Kriegsgewinnsteuer übersehen, die ja auch noch als Besitzsteuer besteht. Der Borredner hatte daher unrecht, als er so absprechend von den lächerlich minimalen Abgaben des Besitzes sprach. Die Gestaltung der Kriegsgewinnsteuer bringt eine sehr erhebliche Verschärfung der Besitzsteuern mit sich, und noch niemals ist eine derartig starke Heranziehung des Kapitalbesitzes zu einer Steuer erfolgt wie diesmal. (Sehr richtig! h. d. Bpt.) Manche Härten waren dabei nicht zu vermeiden, und wir wünschen daher eine liberale Handhabung des Härteparagrafen. Man muß sich auch davor hüten, bei allen Kriegsgewinnen unterschiedslos von Kriegswucherer zu reden. Wer durch Intelligenz und wirtschaftliche Tüchtigkeit dazu beigetragen hat, daß unser Handel, unsere Industrie und unser gewerbliches Leben sich so ausgezeichnet den veränderten Verhältnissen des Krieges angepaßt hat, der verdient nicht die Bezeichnung Kriegswucherer. (Sehr richtig! h. d. Bpt.) Eine Ehrenpflicht aber für jeden Besitzenden ist es, zu den Lasten des Reiches beizutragen. Doppelt und dreifach gilt das für die, die aus der Not des Krieges noch mit einer Steigerung des Vermögens herauskommen. Wir verstehen nicht, daß die indirekten Steuern eine Belastung der breiten

Volksmassen darstellen. Aber die bittere Notwendigkeit zwang uns, jetzt auch auf die indirekten Steuern zurückzugreifen. Im Frieden würden wir voraussichtlich solchen Steuern nicht zugestimmt haben. Der Krieg hat aber auch hier eine Umwertung mit sich gebracht und sachliche Bedenken sowie taktische Erwägungen, die in Friedenszeiten voll zur Geltung gekommen wären, müssen jetzt zurückstehen hinter dem Gedanken, dem Reich die notwendigen Mittel zu verschaffen, seine Finanzkraft zu stärken und seinen Kredit unter allen Umständen vor Erkräft zu stärken und seinen Kredit unter allen Umständen vor Erkräft zu stärken, bei den indirekten Steuern

wertvolle Verbesserungen

durchzuführen. Die Quittungssteuer ist gefallen. Wir begrüßen das mit aufrichtiger Genugtuung. Nach diesem Begräbnis erster Klasse sollte die Regierung endgültig darauf verzichten, den Leichnam der Quittungssteuer noch einmal zu galvanisieren. Am schwersten wird uns die Zustimmung zur Umsatzsteuer. Vor allem haben wir gegen sie das grundsätzliche Bedenken, daß nicht die Leistungsfähigkeit, sondern der Umsatz getroffen wird, der nicht immer die Probe ist auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Unternehmens. Die Umsatzsteuer ist auch eine einseitige Belastung der gewerblichen Betriebe im weitesten Sinne. Größer Umsatz mit keinem Nutzen wird mehr herangezogen als kleiner Umsatz mit großem Nutzen. Aber schließlich stellen wir diese Bedenken zurück hinter der Erwägung, daß die tatsächliche Belastung durch die Umsatzsteuer so gering ist, daß sie nicht als unerschwänglich bezeichnet werden kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Na na!) Wir haben die Aussagen für den Krieg bewilligt und haben daher jetzt auch die Pflicht, für die Einnahmen zu sorgen. Wir nehmen diese Pflicht an und sind bereit, aus dieser Verpflichtung die Konsequenzen zu ziehen. Wir wissen, daß diese Steuern nicht überall Befriedigung hervorrufen werden, wir rechnen auch mit Kritik und Tadel. Wenn aber der Borredner gesagt hat, die Sozialdemokratie sei froh, daß sie nicht mit der Verantwortung für diese Steuer belastet sei, so ist das für uns zwar ein bestechender, aber kein ausschlaggebender Grund. Es mag sein, daß auch Enttäuschungen unter den Steuerzahlern nicht ausbleiben werden. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß in den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung die Notwendigkeit neuer Steuern anerkannt wird. Alle Kreise müssen Opfer bringen. Im Hinblick auf diese Erkenntnis sind wir bereit, unsere Pflicht zu tun und die Verantwortung zu übernehmen, nicht in steuerfreundiger Begeisterung, aber in der klaren Erkenntnis, daß die Opfer, die der Krieg verlangt, gebracht werden müssen, und in der Hoffnung, daß ein baldiger erfolgreicher Friedensschluß uns eine wirtschaftliche und finanzielle Erstarbung bringen und die Wunden heilen wird, die der Krieg geschlagen hat. (Lebhafter Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Reinath (ntb.): Die vorliegenden Steuergesekentwürfe sind ein Kompromiß nach drei Richtungen. Einmal zwischen den bürgerlichen Parteien unter sich, dann zwischen diesen Parteien und der Regierung und schließlich zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Einzelstaaten. Daß ein solches Kompromiß

bei keinem Teil Befriedigung

auslöst, ist selbstverständlich. Auch meine Freunde stimmen vielen Einzelheiten nur mit Widerstreben zu. Man kann nicht sagen, daß die Steuervorlagen in ihrer Gesamtheit einseitig Verbrauch und Verkehr belasten. Wir freuen uns, daß es gelungen ist, bei den Verbrauchs- und Verbrauchssteuern wenigstens einige Erleichterungen durchzuführen. Einige Unstimmigkeiten sind allerdings geblieben. Die Schwierigkeiten zwischen Reich und Einzelstaaten sind eben zu groß. Dem sozialdemokratischen Antrag auf Heranziehung der entfertigten Erbschaften stehen wir nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Aber es ist eine so rohe und unangefastete Steuer, daß man besser tut, sie in einem anderen Zusammenhang und dann besser zu regeln. Die Idee der Kriegsgewinnsteuer hat einen Siegeszug durch alle Länder angetreten; man darf sie aber nicht überspannen, um den Anreiz zur produktiven Tätigkeit nicht zu nehmen. Viele Kriegsgewinne aus Veräußerung von Rohstoffen werden sich nach dem Kriege als imaginär erweisen. Wir bedauern, daß wir die Besteuerung des Mehreinkommens fallen lassen mußten und daß nun der Verschwender weit besser davonkommen kann als der sorgsame Haushälter. Wichtig wäre die Sicherstellung der Steuer durch hauptamtliche Veranlagungsbeamte, deren Tätigkeit bisher schon überall höhere Steuererträge gebracht hat. Leider ist es nicht gelungen, diese Bestimmung in das Gesetz zu bringen, aber wir werden dafür eine Resolution in diesem Sinne annehmen. Im großen und ganzen ist das Kompromiß annehmbar. Sein Zustandekommen läßt erwarten, daß auch für die künftige Neuordnung der Finanzen sich eine starke Mehrheit findet. (Beifall h. d. Natl.)

Abg. Graf Westarp (lonf.): Wir halten fest an unserem Grundsatz, daß die direkte Besteuerung von Einnahmen und Vermögen den Einzelstaaten als eine Vorbedingung ihrer Selbstständigkeit und der Lösung ihrer Kulturaufgaben vorbehalten bleiben muß. Der steuerlichen Gerechtigkeit entspricht die einzelstaatliche und gemeindliche direkte Belastung; sie wird noch weiter wachsen müssen, z. B. schon durch die Fürsorge für die Ernährung, Familienunterstützung usw. Wenn aber das Reich ohne festen Plan und ohne Rücksicht auf die Einzelstaaten und Gemeinden vorgeht, so könnte der Besitz, in dem wir eine der wesentlichen Grundlagen des Staates und der Gesellschaft erblicken, gefährdet werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir verwerfen eine weitere Verrückung der Grenzsteine zwischen Reich und Einzelstaaten und haben deshalb die Wie-